

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden sie auf der letzten Seite im Impressum.



Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik

Weinberge und Eloquenz: Besuch bei der SVP Wallis von Bernhard im Oberdorf

Seite 2

Kanton Zürich

Leichte Sprache: Wann ist es leicht genug? von Christina Zurfluh

Seite 3

Aktuell

Rad-WM: Wer soll das bezahlen? von Reinhard Wegelin

Seite 5

Parlamentsgemeinden

Bäume schützen und verbrennen. Gleichzeitig. von York-Peter Meyer

Seite 6

Veranstaltungs-Tipp

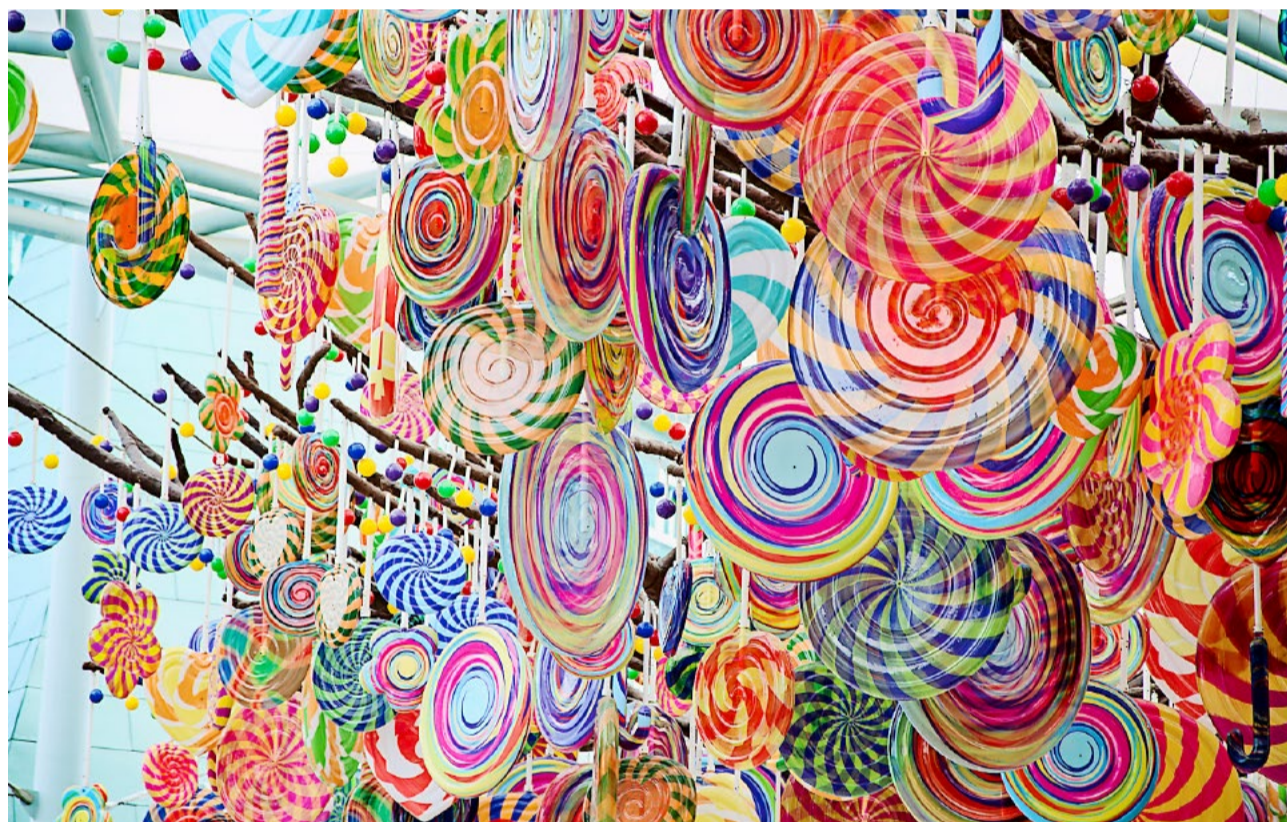
Henggart: Polit-Dinner mit Paul von Euw

Seite 8

DIE SCHWEIZ LÄSST SICH AUF DER NASE HERUMTANZEN

NEIN zum Ausbau des Asyl-Schlaraffenlandes

Die Zahl der Asylbewerber steigt. Im letzten Jahr stellten über 30 000 Personen einen Antrag in der Schweiz. Rund 6000 Gesuche wurden bewilligt. Dazu kamen aber noch fast 7400 Leute, die eine vorläufige Aufnahme erhielten, obwohl ihr Antrag abgelehnt wurde. Die Praxis der vorläufigen Aufnahme untergräbt unsere Asylgesetze und müsste gestoppt statt noch attraktiver gemacht werden.



Für abgewiesene Asylbewerber ist der Kanton Zürich ein wahres Schlaraffenland.

Bild: Adobe Stock

Es beginnt, sichtbar zu werden, was der Bund verschlampt: Die Gemeinden müssen noch mehr Asylanten aufnehmen als in der Vergangenheit.

Darum werden derzeit überall Wohncontainer gebaut. Die Schweiz beherbergt aber nicht nur anerkannte Flüchtlinge, sondern auch abgewiesene Asylbewerber, die unser Land verlassen müssten. Weil sie das nicht freiwillig

tun und die Schweiz nicht fähig – oder gar nicht willens – ist, das geltende Recht durchzusetzen, erhalten diese abgewiesenen Personen den beschönigenden Status einer vorläufigen Aufnahme.

Im letzten Jahr bekamen fast 7400 Leute neu diesen Status, womit sich deren Zahl auf fast 50 000 Personen erhöhte.

Eritrea tanzt der Schweiz auf der Nase herum

Begründet werden diese hohen Zahlen damit, dass für diese Personen eine Rückkehr in ihr Heimatland nicht möglich oder nicht zumutbar sei. Der Begriff «Unzumutbarkeit» wird dabei sehr grosszügig ausgelegt. Eine schlechte Gesundheitsversorgung und ein fehlendes familiäres Umfeld im Heimatland zum

Beispiel genügen, um in den Genuss einer vorläufigen Aufnahme zu kommen. Rund 70 Prozent der vorläufig Aufgenommenen kommen aus Afghanistan, Eritrea und Syrien. Ausgerechnet Eritrea, dessen Landsleute sich in der Schweiz oft und gerne gegenseitig die Köpfe einschlagen. Eritrea nimmt die eigenen Bürger nur dann zurück, wenn diese freiwillig zurückkehren. Weil das so gut wie nie geschieht, kommt es zu diesen vielen vorläufigen Aufnahmen. Das hindert die Schweiz jedoch nicht daran, Jahr für Jahr Tausende Eritreer ins Land zu lassen. Im Volksmund nennt man das «sich auf der Nase herumtanzen lassen». Allein im letzten Jahr stellten 2109 Personen aus Eritrea einen Asylantrag in der Schweiz. Sie alle werden mit Sicherheit nicht freiwillig in ihr Land zurückkehren.

Folgenreicher Entscheid des Kantonsrates

Im Februar traf die Mehrheit im Zürcher Kantonsrat einen folgenreichen Entscheid: Die fünfjährige Wartefrist bei Stipendien für vorläufig Aufgenommene – also abgewiesene Asylbewerber – wurde aufgehoben. Nun erhalten diese Personen, die eigentlich die Schweiz schnellstmöglich verlassen müssten, vom ersten Tag an Stipendien für eine Ausbildung. Somit sind sie anerkannten Flüchtlingen gleichgestellt. Der Status der vorläufigen Aufnahme wird zur Aufnahme für immer und ewig. Denn wer ein Stipendium bekommt und eine Ausbildung macht, wird bleiben dürfen, auch wenn die Rückkehr ins Heimatland wieder möglich ist. Stipendien bedeuten Bleiberecht.

Dagegen hat die SVP das Referendum ergriffen, denn die Schweiz darf für abgewiesene Asylbewerber nicht noch attraktiver werden.

Alles für alle gratis

Schon jetzt liegt die Schweiz mit 3,5 Asylgesuchen pro 1000 Einwohnern deutlich über dem europäischen Mittel (2,3 Gesuche pro 1000 Einwohnern). Was geschieht, wenn nur ein kleiner Teil der 1,25 Millionen Asylbewerber, die im Jahr 2023 in Europa ankamen, erfahren, dass in Zürich auch bei fehlender Aussicht auf eine Aufenthaltsgenehmigung vom ersten Tag an ein luxuriöses Leben finanziert wird? Denn die Gutsprache von Stipendien bedeutet nicht nur die Zahlung der Schulgelder, sondern auch die Deckung der Lebenshaltungskosten während der Ausbildung. Und diese sind sehr viel grosszügiger bemessen als die Asylfürsorge. Diese schnelle Integration widerspricht komplett dem Status der vorläufigen Aufnahme, bei dem die Rückkehr ins Heimatland vollzogen werden müsste. Mit Stipendien könnte die Ausreisepflicht umgangen werden.

Abstimmung dank der SVP

Dank der SVP kann nun das Volk darüber abstimmen, ob die bereits jetzt grosszügige Willkommenskultur ein weiteres Mal ausgeweitet werden soll. Die SVP sagt klar nein, denn das Schlaraffenland gehört in Märchenbücher, aber sicher nicht in die Schweiz. Wir dürfen nicht noch attraktiver werden für Asylbewerber, die unser Land verlassen müssten.

Die Abstimmung findet im September 2024 statt.



Tobias Infortuna
Kantonratsrat SVP
Egg

Spannender Infoabend!

Wo drückt der Schuh?

mit
Nina Fehr Düsel, Nationalrätin
Tumasch Mischol, Kantonratsrat
Adrian von Burg, Gemeinderat

Dienstag, 14. Mai, 20 Uhr
Foyer Heslihalle, Küssnacht

Stellen Sie Ihre Fragen an unsere Politiker
Jetzt scannen und Ihre Frage im Voraus stellen

Mehr Infos: svp-kuesnacht.ch



Christoph Mörgeli

Im Kugelhagel der Fantasie

Schon sein Geburtsjahr 1968 setzte bei Urs Hafner ein Zeichen. Später durchlief er die Laufbahn eines typischen linken Historikers. Er schrieb für die «Wochenzeitung», betrieb Anstalts- und Psychiatriegeschichte und definierte seine Weltsicht so: «Rechtsintellektuelle» verweigern sich in der Regel dem besseren Argument, rekurrieren voraufklärerisch auf irrationale Wesenheiten und sind deshalb keine echten Intellektuellen.» 2023 erschien Hafners Buch «Karl Bürkli. Der Sozialist vom Paradeplatz».

Seit 2016 steht Urs Hafner als Redaktor des Schweizerischen Bundesarchivs im Dienst der Steuerzahler. In einer Dokumentation über den militärischen Landesvertrag während des Zweiten Weltkriegs schreibt Hafner über die siebzehn vollstreckten Todesurteile: «Die meisten Exekutionen wurden an Soldaten vollzogen, deren Vergehen den Tatbestand des Landesverrats kaum erfüllten.» Kein Wort dieses Satzes ist wahr.

1980 hat der Zürcher Strafrechtsprofessor Peter Noll in seinem Werk «Landesverräter» die Akten des Bundesarchivs exakt ausgewertet. Das Fazit von SP-Mitglied Noll lautete klipp und klar: «Mit Sicherheit lässt sich feststellen, dass kein Unschuldiger zum Tode verurteilt worden ist.» Die später öffentlich zugänglichen Akten belegen, dass es in jedem einzelnen der siebzehn Fälle um militärischen Landesverrat ging. Professor Peter Noll hielt ausserdem fest, dass die Militärgerichte «bei ihrer Urteilsfindung unabhängig waren, keiner militärischen Befehlsgewalt unterstanden und auch nicht auf informellen Wegen beeinflusst wurden».

In den Bereich absurder Gewaltfantasien gehört die Behauptung von Niklaus Meienberg, ein «Rudel» von über hundert höheren Offizieren hätte sich zur Erschiessung eines Landesverrätters gedrängt. In Wahrheit hat der Bundesrat in seiner Verordnung die Anwesenheit von sechs Offizieren mit den jeweiligen Funktionen und mit einem zivilen Vertreter des betreffenden Kantons exakt geregelt. Die «Wochenzeitung» halluzinierte 2009, die Ehefrau eines verurteilten Majors habe sich zwischen ihren Mann und die Kugeln werfen wollen. Im Kugelhagel der Fantasie stirbt die Wahrheit zuerst.

UNINSPIRIERTE WERBUNG MEINT, ALLES BESSER ZU WISSEN

Unterwerfung: Schweiz Tourismus verzichtet auf Edelweiss-Logo

Die bekannte Goldblume Edelweiss, das markige Erkennungszeichen von Schweiz Tourismus, ist bald weg. Ein Edelweiss mit Schweizerkreuz ist für die Branchenorganisation offenbar tabu. Man will neu auf «Moderne, Vielfalt und Eigenständigkeit» setzen. Traditionelle Werte sind jetzt offenbar fehl am Platz.

Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär
Pfäffikon ZH

Das goldene Edelweiss mit dem Schweizerkreuz ist seit 1995 das traditionelle und beliebte Markenzeichen von Schweiz Tourismus. Jetzt wollen die europhilen Schweizer Touristiker eine neue «Markenwelt» erschaffen. Und da ist das tapfere Pflänzlein Edelweiss natürlich fehl am Platz. Man will sich ganz bewusst global und international unterwerfen. Also internationalistische und globalistische Unterwerfung!

Englisch statt Landessprachen

Die Werbung erfolgt jetzt in englischer Sprache. Von den vier Landessprachen ist nichts mehr zu sehen. Der Name «Switzerland» stehe für das globale touristische Versprechen, alle Gäste der Schweiz über die Natur, unsere Gastfreundschaft sowie die Zuverlässigkeit des Reiselandes Schweiz anzusprechen. Die Landesflagge auf dem «t» von «Switzerland» sei in einem sogenannten

«Farbklang» von fünf verschiedenen Rottönen gehalten. Das sei ein Zeichen für Modernität, Vielfalt und Eigenständigkeit, liess der Direktor von Schweiz Tourismus, Michael Nydegger, verlauten.

Bereit für morgen?

Ein Werbefilm mit grossem Aufwand – bezeichnenderweise nur in englischer Sprache – wirbt für den Schweizer Tourismus mit dem Slogan «ready for tomorrow».

Eines Tages werden sie vielleicht erkennen, dass die Schweiz ein natürliches und souveränes Land ist, dass sich nicht nach Belieben globalisieren und unterwerfen lässt. Von Natürlichkeit und Souveränität ist in dieser Kampagne der Zürcher Werbeagentur Made Identity jedoch nichts zu spüren. Die Schweiz braucht keine neue Identität; sie hat schon eine, die beste.

Der Werber Frank Bodin fand auf «20 Minuten» eine geradezu erbärmliche Ausrede: «Das das messingglänzende Edelweiss-Logo abgeschafft wurde, drängte sich auf, allein schon wegen der Notwendigkeit zur Digitalisierung.» Das Edelweiss würde auch die Digitalisierung überstehen. Man muss nur wollen!



30 Jahre warb Schweiz Tourismus mit dem Edelweiss-Logo. Das ist jetzt vorbei.

Bild: Schweiz Tourismus

BESUCH BEI DER SVP KANTON WALLIS

Lehren aus dem guten Geist einer Partei

Die Vielfalt ist ein Güte Merkmal der Schweiz. Das spürt, wer auch in anderen Landesteilen bei der SVP zu Gast ist; der authentische Geist der Walliser SVP ist beispielhaft. Daraus können bereichernde Lehren gezogen werden.

Bernhard im Oberdorf
Kantonsrat SVP
Zürich

Als Walliser ist es mir eine Ehrensache, auch Mitglied der SVP im Wallis zu sein. Diese Partei gibt es als einen deutschsprachigen Teil, die SVP Oberwallis, und als einen französischsprachigen, die sich UDC Suisse romande nennt, ausgeschrieben steht das für «Union Démocratique du Centre». Diesmal fand die Generalversammlung der UDC im Weindorf von Chamoson statt.

Dahin und wieder zurück zu gelangen, ist gar nicht so einfach, wenn man den ÖV benutzt. Und für die Rückfahrt nach Zürich gibt es die letzte Möglichkeit um 21.30 Uhr, unglücklich früh.

Empfang mit Herz und Spontaneität

Ein Überraschungs-Mail an den mir bislang unbekanntem Präsidenten der UDC, Donald Moss, mit der Frage, ob der Tagungsort weit ab vom Bahnhof sei, reichte für einen Rückruf in den Zug. «À pied, ça ne va pas, und der Bus nach Ovronnaz via Chamoson fahre selten. So aber wird gleich organisiert, dass ich von einem Vorstandsmitglied am Bahnhof abgeholt werde. So bin ich frühzeitig da und kann in die freundliche Atmosphäre eintauchen, die hier herrscht. Nach und nach treffen die Mitglieder ein und alle begrüssen den Unbekannten aus der Ferne ganz herzlich. Die UDC ist hier das, was die SVP schon immer war: eine Partei des Mittelstandes und der Winzer, mehr als der Bauern. Milliardäre finden sich nicht, Unternehmer selten; Abstimmungsrollen sind manchmal anders.

Reden aus dem Herz gehalten

Die Ansprachen beeindruckten durch ihre rhetorische Eloquenz: Ob das an der Sprache liegt oder am Talent der Redner?

Nationalrat Jean Luc Addor nimmt in seiner Rede Strassburg aufs Korn.

Auch im Wallis ist offensichtlich die Empörung über den Entscheid der Juristen am Menschenrechtshof sehr gross. Das wird denn auch zum zentralen Thema. Es folgt der frühere Nationalrat und heutige Vizepräsident des Staatsrates, Franz Ruppen (Conseil d'Etat ist das, was bei uns der Regierungsrat ist).

Und der kommende Präsident der Regierung legt los, nicht auf walliserdeutsch, sondern auf französisch. «Bilingue» ist er, sonst käme das Französisch nicht sozusagen akzentfrei zum Publikum; und mit welcher Wucht dies geschieht: «Nous ne nous laissons pas dicter les règles de Strasbourg et ce

que nous avons à décider. En Suisse et en Valais, c'est la politique et le peuple qui décident». Er sagt das (soweit aus dem Gedächtnis zitiert, weil es eine freie Rede ohne Manuskript ist) und klopft dabei mit den Fingern nachdrücklich auf das Rednerpult, sodass man das fast bis nach Strassburg hören könnte: «Vive la Suisse, vive le Valais!»

Nach dem offiziellen Teil bleibt keine Zeit mehr, mich mit den Mitgliedern beim «Apéro Riche», den die Ortspartei von Chamoson grosszügig offeriert, auszutauschen. Eine gute Viertelstunde bleibt noch bis zur Abfahrt des letzten Zuges, den ich erwische, weil mich Antoine wieder in rasanter Fahrt zum Gare

CFF fährt. Hier in den Weinbergen gibt es keine Radarfallen. In Chamoson herrscht nicht das provinzielle Regime von Zürich.

Gute Erinnerungen auf der Rückfahrt

Auf der dreistündigen Fahrt nach Zürich habe ich Zeit, die Versammlung in Gedanken noch einmal Revue passieren zu lassen. Es wurde auch klar, warum die UDC, die mit mindestens zwei Hauptlisten zu den Nationalratswahlen antritt, so erfolgreich ist. C'est l'esprit et la bonne tactique des deux listes.

So war es auch beeindruckend, wie Staatsrat Franz Ruppen bei der offiziellen Begrüssung von der üblichen Formel abwich: «Et nous avons encore un invité spécial parmi nous: C'est Bernhard im Oberdorf, député du Grand Conseil de Zurich et du Parlement de la Ville de Zurich, qui est exprès venu nous faire honneur avec sa visite. In der Folge weiss auch die ganze UDC, dass mein Parrain (Götti) oben in Ovronnaz ein Chalet hat, (die Weinflaschen des »Dôle Blanche« von Chamoson im Keller blieben ein Geheimnis). Aus dem verdutzten Blick der 26 Jahre jungen assistente dentaire, Nationalratskandidatin und Delegierten Gwendoline Bourban aus Nendaz, die neben mir sass, schloss ich, dass ich mich nun beim Applaus erheben sollte.

Wir hatten gerade noch die Zeit, unsere Koordinaten auszutauschen, so auch mit Cynthia Trombert, einer députée du Grand Conseil aus dem Val d'Illicz, die mit ihren 43 Jahren, die man ihr nicht ansieht, schon sechs Kinder hat.

Die Umarmungen mit bisher Unbekannten waren, wegen des rasanten Abschieds, kurz und herzlich. So nahm ich es mit auf die Reise, das gute Gefühl der Wertschätzung, die man nicht überall erfährt.

Rückkehr ins Provinzielle

Bei der Ankunft in Zürich um 00.40 Uhr, wurde es in der Metropole wieder richtig «provinziell»: Der vielgelobte ÖV mit dem ZVV bringt es nicht fertig, auch um diese Zeit noch einen Tram- oder Buskurs in die Wohnquartiere fahren zu lassen.



Staatsrat Franz Ruppen bei seinem Nationalratswahlkampf 2015.

Bild: ZVG

AUS DEM KANTONS RAT

Ein untypischer Montagmorgen!

Die SVP-Fraktion hatte schon früh, noch vor den Sportferien 2024, versucht, diese Ratssitzung aus dem Sitzungskalender zu streichen. Leider erfolglos, aber zumindest wurde keine Doppelsitzung beibehalten. So wurde aus der letzten Sitzung im Amtsjahr der SP-Ratspräsidentin ein eher untypischer Montagmorgen.



Soll der Kantonsrat in die Maximalarbeitszeit der Assistenzärzte eingreifen?

Bild: Adobe Stock



Lorenz Habicher
Kantonsrat SVP
Zürich

Die Präsenz wurde für das Traktandum 7. «Wahl eines Mitglieds am Sozialversicherungsgericht» erhoben und gerade einmal 133 von 180 Mitgliedern des Kantonsrates waren zu diesem Zeitpunkt anwesend. Die Wahl von Dr. Eliane Curiger (SVP, Turbenthal) erfolgte dann aber mit einem Glanzresultat von 128 Stimmen! Herzliche Gratulation.

Streitpunkt häusliche Gewalt

In einem eher flotten Tempo wurden weitere Traktanden, teils diskussionslos, abgehandelt und überwiesen, bis unter Traktandum 14 das Gewaltschutzgesetz, Antrag der KJS vom 14. Dezember 2023, die Vorlage 5899a) in erster Lesung behandelt wurde. Im Zentrum dieser Debatte standen vor allem die Zunahme der Fälle «häuslicher Gewalt» und die überfällige Antwort des Gesetzgebers. Wieder einmal zeigte sich recht augenfällig die «Kunst des Schönredens» der linken Ratsseite. Obwohl die ent-

sprechende Statistik eine klare Sprache spricht, sollen wieder einmal Herkunft und Kultur der Täterschaft keine relevante Rolle spielen. Auch in dieser politisch heiklen Debatte war es die SVP, die einmal mehr auf die Zuwanderung hinweisen musste. Die Bevölkerung und nicht nur Blick-Leser scheinen es zu wissen: Männliche Täter stehen im Fokus und die Ursachen sind vielfältig. Dass hier die Polizei ein griffiges Gesetz für die rund zwanzig täglichen Einsätze im Kanton Zürich braucht, versteht sich von selbst.

Maximalarbeitszeit für Assistenzärzte?

Über das SP-Postulat Nr.442/2022 (mit 75:73 Stimmen knapp überwiesen) und das SVP-Postulat Nr.165/2023 von Rochus Burtscher (mit 64:86 Stimmen abgelehnt) stiess der Rat doch noch zur Parlamentarischen Initiative KR-Nr.10/2024 vor. Hier entfachte sich eine hitzige Debatte darüber, ob der Zürcher Kantonsrat auf lokaler Ebene in die maximalen Arbeitszeiten von Assistenzärztinnen und –Ärzten eingreifen sollte. Für linke Gewerkschafter war sofort und unmissverständlich klar: Die Schichtarbeiten sind zu schützen und der Gesetzgeber hat regulierend einzugreifen, koste

es was es wolle! Für die SVP, FDP und die Mitte indes sprachen sich Ärzte und Kantonsräte, die selbst auch Schicht arbeiten, gegen dieses unsinnige Vorhaben aus.

Grünliberal ohne liberal

Gespannt wurde die Position der GLP erwartet und es zeichnete sich eine untypische, geradezu schizophrene Situation ab. Obwohl diese Politiker nicht für die gewerkschaftlichen Forderungen eintreten und sich im entsprechenden Gesetz noch gegen einen staatlichen GAV-Zwang ausgesprochen haben, verhalfen die Grünliberalen willfährig der linken Ratsseite zum nötigen Quorum.

Die Begründung der GLP-Fraktions-sprecherin bedeutete einfach nur eine politische Kapitulation: «Die Grünen haben zu viele Abwesenheiten und obwohl nicht diesem gesetzgeberischen Vorhaben zugetan, wollen wir es in der Kommission besprechen!» Fazit: Die Grünliberalen im Kantonsrat sind nur noch grün. Nach dieser Abstimmung wurde die 52. Sitzung durch die SP-Ratspräsidentin abgeschlossen, denn die nächste PI der Grünen (KR-Nr. 28/2024 zum Sozialhilfegesetz) wäre klar gescheitert.

WORTE DES CHEFREDAKTORS

Selbstgewählte Hilflosigkeit

Am diesjährigen 1. Mai machten Linksextremisten erneut durch gewaltsame Ausschreitungen auf sich aufmerksam. Nach Annahme des Gegenvorschlags zur Anti-Chaoten-Initiative müssten sie zukünftig zur Kasse gebeten werden. Doch schon jetzt ist absehbar, dass das Sicherheitsdepartement unter der Grünen Karin Rykart behaupten wird, dass die Urheber der Schäden unbekannt sind. Das ist Unsinn. Die Urheber der linksextremen Gewalt in der Stadt Zürich sind seit Jahrzehnten dieselben. Man kann über sie jährlich im Bericht des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) nachlesen. Tatsächlich lässt die Politik diese Gruppen seit Jahrzehnten gewähren – Grund unbekannt. In Zürich ist deshalb mittlerweile eine linksextreme Szene mit Vernetzungen zum internationalen Terrorismus entstanden, wie der NDB schreibt.

Internationale Terroristen in Zürcher Lokal

Am 14. Januar 2024 organisierte der gewalttätig linksextreme Revolutionä-

re Aufbau in der Zentralwäscherei (ZWZ) eine Veranstaltung. Eingeladen war ein Vertreter der Organisation Samidoun. Diese gilt als Vorfeldorganisation der PFLP, einer palästinensischen Terrorgruppe, die in den 1970ern auch Anschläge gegen die Schweiz durchführte. Drei FDP-Gemeinderäte wollten im Rahmen einer dringlichen Anfrage wissen, wie es sein könne, dass ein mutmasslicher Terrorvertreter in einem Zürcher Lokal auftreten könne, das von der Stadt Zürich untervermietet werde.

Larifari-Antwort

Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort, dass er die Vermietung von Räumlichkeiten an Linksextremisten als unproblematisch erachtet. Im Wortlaut: «Der Revolutionäre Aufbau Zürich (RAZ) ist der Stadt bekannt. Die Organisation ist nicht verboten. Für die Veranstaltung in den Räumlichkeiten, die der Verein Zentralwäscherei von der Stadt mietet, ist der Verein verantwortlich.» Ob es zu diskriminierenden und wo-

möglich strafrechtlich relevanten Aussagen an der Veranstaltung gekommen sei, liess sich ebenfalls nicht nachvollziehen. Dies, weil «die Verantwortlichen des Vereins ZWZ nicht in der Lage sind, eine Dokumentation der tatsächlich an der Veranstaltung vom 14. Januar 2024 getätigten Aussagen zu liefern.» Also alles in Butter! Erst beim nächsten Vorfall möchte die Stadt rechtliche Schritte erwägen.

Es bleibt also alles beim Alten: Dank einer untätigen Stadtregierung grasiert in Zürich der Linksextremismus und die Terrorsympathie. Politik und Medien schauen weg.



von **Daniel Rickenbacher**

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Eine weitere Bankrotterklärung



Christina Zurfluh
Kantonsrätin SVP
Wädenswil

Mit dem Postulat «Stärkung der Möglichkeiten zur demokratischen Teilnahme der Bevölkerung an Wahlen und Abstimmungen» verlangte die SP, die Wahl- und Abstimmungsvorlagen zusätzlich in einfacher Sprache zu verfassen und dem Original-Text beizulegen. Dies zusätzlich zu den heute bereits existierenden, vielfältigen flankierenden Massnahmen und Möglichkeiten.

Was so wohlwollend, unterstützend und unter dem «Deckmänteli» der politischen Teilhabe daherkommt, ist in Tat und Wahrheit eine Bankrotterklärung an unser Bildungssystem. Es ist auch eine Bankrotterklärung an unser Migrations- und Einbürgerungssystem und es ist sogar ein Stück weit eine Bankrotterklärung an unsere Gesellschaft. Denn wie dem Postulat zu entnehmen ist – und was die SVP schon länger moniert – verfügt eine breite Bevölkerungsschicht nicht mehr über die Grundkompetenz von Lesen und Verstehen.

Anstatt das Übel an der Wurzel zu packen, soll nun also für jene Zielgruppe ein zusätzliches «Hilfspäckli» geschnürt

werden. Bei den einen mittels einfacher Sprache, andere hätten es vielleicht lieber in Comic- oder Piktogramm-Darstellung und wieder andere wünschten sich gar einen Avatar, welcher ihnen den Inhalt wiedergibt.

Anstatt im Bildungswesen endlich wieder ganz klar das Lesen und Verstehen als unabdingbare Grundkompetenz zu deklarieren und bei Einbürgerungen das Sprachniveau anzuheben – wie von der SVP schon mehrmals leider erfolglos gefordert – sollen weitere Papierberge generiert werden. Die Frage sei erlaubt: Wo bleibt da denn der Umweltgedanke?

Der Regierungsrat konnte darlegen, dass sehr viele Massnahmen in den Bereichen «leichte» und «einfache Sprache» bereits umgesetzt oder in Vorbereitung sind. Die Zusammenarbeit mit easyvote ist dabei nur ein Puzzlestück von vielen.

Die SVP sah deshalb keine Notwendigkeit, im digitalen Zeitalter, wo zudem noch KI-Programme wie Pilze aus dem Boden schiessen, zusätzlichen Aufwand und Kosten zu generieren.

Doch leider wurden wir im Rat mit 75:73 überstimmt. So gilt es vorerst, abzuwarten, mit welchen «kreativen» und kostenintensiven Ideen der Regierungsrat aufwarten wird. Aber kaum etabliert, wird sich bestimmt wieder eine Gruppe melden, welche nicht berücksichtigt oder vergessen wurde. Wir sind gespannt auf das nächste Gesellenstück!



Leichte Sprache: Wann ist es leicht genug?

Bild: Adobe Stock



Die Schweizerische Volkspartei SVP des Kantons Zürich sucht per sofort oder nach Vereinbarung eine/n

Kommunikationsfachfrau/-mann (60-100%)

Sie suchen eine anspruchsvolle, vielseitige Arbeit? Sie lieben den Umgang mit Menschen? Sie nehmen motiviert am direktdemokratischen Leben der Schweiz teil? Sie teilen die bürgerlichen und freiheitlichen Werte der Schweizerischen Volkspartei (SVP)? Wenn Sie alle Fragen mit Ja beantworten, bewerben Sie sich für die spannende Aufgabe auf dem Parteisekretariat (Arbeitsort Dübendorf) der grössten Partei des Kantons Zürich!

In dieser vielseitigen, dynamischen und verantwortungsvollen Position sind Sie mit einem motivierten Team hauptverantwortlich für eine reibungslose und termingerechte Kommunikation auf verschiedenen Kanälen (Medienmitteilungen, wöchentliche Print-Zeitung sowie Social Media-Beiträge) verantwortlich.

Folgende spannende Aufgaben warten auf Sie:

- Sie beraten die Parteileitung in Kommunikationsfragen und erstellen selbstständig Positionspapiere und Medienmitteilungen
- Sie übernehmen bei Abwesenheiten die Vertretung der langjährigen Fraktionssekretärin sowie des Parteisekretärs.
- Sie sind bereit, Verantwortung zu übernehmen und gemeinsam mit einem Team Aufträge fristgerecht zu erfüllen.
- Sie führen Projekte und Geschäfte selbständig und unterstützen politische Mandatsträger bei der politischen Arbeit.
- Sie nehmen aktiv in der Vorbereitung und Durchführung von Parteiversammlungen, Abstimmungskampagnen und Wahlen teil.
- Sie tragen die redaktionelle Verantwortung unserer Wochenzeitung «Der Zürcher Bote».
- Sie wirken bei der Erstellung von Inhalten im Social-Media-Bereich und der Weiterentwicklung der Social-Media-Kanäle mit.
- Sie verfügen über ein stilsicheres Deutsch, über gute Kenntnisse der MS-Office-Anwendungen sowie der Social-Media-Plattformen (Instagram, Twitter, Facebook) und können Wordpress (Bewirtschaftung von Internet-Seiten) anwenden.
- Anwenderkenntnisse von graphischen Programmen (Adobe InDesign, Photoshop, o.ä.) runden Ihr Profil ab.

Für diese anspruchsvolle Stelle bringen Sie Begeisterung für Politik und die Werte der SVP mit. Sie verfügen über eine kaufmännische Grundausbildung oder eine entsprechende Ausbildung.

Wir bieten zeitgemässe und attraktive Anstellungsbedingungen. Ihre Bewerbung mit den vollständigen Unterlagen und einem Motivationsschreiben senden Sie im PDF-Format an marco.calzimidiglia@svp-zuerich.ch.

Für Auskünfte steht Ihnen der Parteisekretär Marco Calzimidiglia (044 217 77 60) zur Verfügung.

SVP KLOTEN FASST PAROLEN UND WÄHLT DEN VORSTAND

Der alte Vorstand ist der neue



Sektionsvizepräsidentin Tina Kaspar, Stadtpräsident René Huber, KR Paul von Euw, Sektionspräsident Thomas Schneider, NR Beni Fischer sowie Vorstandmitglieder Marco Brunner und Patrick Müller (v.l.n.r.). Bild: ZVG

Am 18. April 2024 trafen sich die Mitglieder der SVP Kloten zu Versammlung und GV. Die Mitgliederversammlung wurde eingeläutet durch die Auftritte der beiden Kandidaten für die Bürgerrechts-Kommission. Sowohl Kurt Fischer (parteilos) wie auch Willi Bühler (FDP) überzeugten mit ihren Auftritten. Die im Anschluss geführten Diskussionen vermittelten einige zusätzliche Informationen über die Kandidaten. Schliesslich entschieden sich die

Mitglieder der SVP Kloten, den FDP-Kandidaten zu unterstützen.

Stromgesetz: Energiebedarf nicht gedeckt

Wir schritten dann zu den eidgenössischen Vorlagen. Kantonsrat Paul von Euw führte uns sachlich und ruhig durch den doch sehr komplizierten Mantelerlass. Er zeigte uns auf, dass die im Erlass verlangten Projekte nicht mal einen kleinen Teil des zukünftigen

Energiebedarfs decken können. Auch der Ausbau der Wasserkraft, die wesentlich zu fördern ist, hilft hier nur sehr beschränkt weiter. Zudem ist der Entscheid des Bundesrates, direkt in die Autonomie der Kantone oder der Gemeinden einzugreifen, keine Option. Die SVP fasst daher auch klar die Nein-Parole.

Die beiden Krankenkassen-Vorlagen, vorgestellt von Nationalrat Beni Fischer, finden kein Gehör. Beide Vorlagen verteilen Geld um und tun nichts gegen die explodierenden Gesundheitskosten, sondern basteln am System rum, ohne dass etwas grundlegend besser wird. Daher werden auch die beiden Gesundheits-Initiativen mit einer NEIN-Parole bedient. Einzig die Initiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit» wird von der SVP Kloten unterstützt.

Es bleibt alles beim Alten

In der anschliessenden GV nimmt die SVP Kloten die Rechnung ab und erteilt dem Kassier und dem Vorstand die Décharge. Ebenfalls wird der Vorstand neu gewählt. Der alte Vorstand ist der neue. Ich danke persönlich allen Mitgliedern der SVP Kloten für ihren grossen Einsatz und Durchhaltewillen. Wir gehen in grossen Schritten vorwärts und freuen uns auf die kommenden zwei Jahre als Team im Vorstand.

Vorstand, SVP Kloten

SPANNENDE GENERALVERSAMMLUNG DER SVP FISCHENTHAL

Auch in Bern wird nur mit Wasser gekocht

Am Freitag, 12. April, wurde die Generalversammlung der Ortssektion Fischenthal durchgeführt. Der Präsident, Fredi Bertschinger, konnte fünf neue Mitglieder begrüssen. Die Traktanden wurden zackig durchgearbeitet. Viel bietet das vorgestellte Jahresprogramm, welches die alljährliche Auffahrtswanderung enthält. Neu wurde ein SVP-Höck ins Leben gerufen, jeweils am ersten Samstagmorgen im Monat trifft man sich in einem Restaurant zum politischen Austausch. Die beliebten Informationsveranstaltungen vor den Gemeindeversammlungen werden auch dieses Jahr weiterhin durchgeführt. Als letztes der offiziellen Traktanden präsentierte und erklärte der Bezirkspräsident René Schweizer die Parolen zu den Abstimmungen im Juni. Das Beste zum Schluss: NR Martin Hübscher präsentierte uns seinen Einstieg in den Nationalrat. Wir erfuhren viel und stellten fest: Auch in «Bundesbern» wird «nur mit Wasser gekocht». Als Dankeschön würde ihm ein grosser Baumerfladen überreicht. Anschliessend liessen wir den Abend mit einem guten Essen und interessanten Gesprächen ausklingen.



René Schweizer, Bezirkspräsident SVP Hinwil

Guten Appetit: Sektionspräsident Fredi Bertschinger, NR Martin Hübscher und Bezirkspräsident René Schweizer präsentieren den grossen Baumerfladen. Bild: ZVG

Geniessen Sie mit uns eine Schifffahrt auf dem Zürichsee!



Wann: Mittwoch, 12. Juni 2024, 14-17 Uhr
Was: Referat und Austausch mit Parteipräsident Kantonsrat Domenik Ledergerber
Verpflegung: Kaffee und Kuchen
Boarding: 13:45 Uhr
Wo: Zürich Bürkliplatz, MS Etzel
Anmeldung: sekretariat@svp-zuerich.ch oder Tel. 044 217 77 66



Alles offeriert! Die Platzzahl ist beschränkt! Melden Sie sich noch heute an! Auch Nicht-SVP-Mitglieder sind willkommen! SVP Kanton Zürich

PREMIERE FÜR DIE GESUNDHEITSDIREKTORIN

Natalie Rickli ist Regierungspräsidentin

Der Regierungsrat hat Natalie Rickli, Vorsteherin der Gesundheitsdirektion, zu seiner Präsidentin für das Amtsjahr 2024/2025 gewählt. Das Amtsjahr begann am 1. Mai 2024 und dauert bis 30. April 2025.

Natalie Rickli ist seit 2019 Mitglied des Regierungsrates und leitet seither die Gesundheitsdirektion. Sie präsidiert den Regierungsrat erstmals. Natalie Rickli: «Als Regierungspräsidentin setze

ich mich weiterhin für einen gesunden, sicheren und erfolgreichen Kanton Zürich mit einer hohen Lebensqualität ein.

Ich freue mich im Präsidentschaftsjahr auf viele Kontakte und darauf, unseren schönen Kanton und seine Bevölkerung auf kantonaler und nationaler Ebene zu repräsentieren.»

Die Redaktion



Das neue Regierungsratsfoto zeigt den Regierungsrat auf dem Helikopterlandeplatz des Kantonsspitals Winterthur (KSW), wo Natalie Rickli vor 47 Jahren zur Welt gekommen ist. Bild: ZVG



Einladung

Die SVP-Hettlingen lädt ein zum Vortrag von Thomas Obermayer, Nukleartechniker und ehemaliger Reaktoroperateur


Stromversorgung und Kernenergie

Massiv mehr Solar- und Windstrom oder Kernenergie?
Auf beides können wir nicht verzichten!

Das Thema Energieversorgung, Kernenergie und Radioaktivität ist mit vielen Mythen und viel Halbwissen behaftet.

Donnerstag, 16. Mai 2024
20:00 Uhr, Gemeindesaal
Stationsstrasse 2, 8442 Hettlingen

Alle sind herzlich willkommen! Eintritt frei



Wir laden Sie herzlich ein zu unserem politischen Diskussions-Forum. Der Anlass ist öffentlich und wir freuen uns auf einen interessanten Austausch mit Ihnen. Reservieren Sie sich bereits jetzt das Datum!

Neuaufgabe Unterwerfungsvertrag
Freitag, 31. Mai 2024, ab 18:00 Uhr



Thomas Aeschi
Nationalrat, Fraktionspräsident SVP



ab 18.00 Uhr Eintreffen
18.15 Uhr Referat
18.45 Uhr Fragen und Diskussion
19.15 Uhr geselliges Beisammensein



Wirtschaft Unterdorf
Katzenseestrasse 15
8046 Zürich

Alle sind herzlich willkommen - auch Nicht-SVP-Mitglieder!

svp-zuerich11.ch



MEDIENMITTEILUNG DER SVP STADT ZÜRICH VOM 25. APRIL 2024

Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart knickt vor Velo-Chaoten ein

Die Velo-Demo Critical Mass legte in der Vergangenheit, wie der Name schon andeutet, regelmässig die Verkehrsinfrastruktur in der Stadt Zürich lahm. Zig Tausende Zürcher waren von den Einschränkungen jeweils betroffen. Weder Privatautos noch der öffentliche Verkehr kam noch vorwärts. Ein solches Vorhaben muss unterbunden – und darf vom Staat sicher nicht bewilligt werden.

Doch Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart knickt vor den Velo-Chaoten ein. In einer Nacht- und Nebelaktion wird die Critical Mass nun doch staatlich bewilligt. Ohne Auflagen! Einzig im Kreis 1 darf kein Chaos angerichtet werden, aber sonst überall – gemäss Frau Rykart.

Die Mehrheit der Stadtzürcher Bevölkerung hat den Gegenvorschlag der «Anti-Chaoten-Initiative» angenommen. Jede Demonstration ist nun bewilligungspflichtig. Das heisst jedoch nicht, dass der Staat es zulassen kann, dass

absichtlich die Verkehrsinfrastrukturen von Linken lahmgelegt werden.

Weiter soll das Überfahren von Rotlicht erlaubt sein und die Kreuzungen dadurch blockiert werden dürfen, was für den ÖV wie auch für den Individualverkehr verheerende Auswirkungen nach sich ziehen wird. Die SVP fordert Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart auf:

Stellen Sie sicher, dass Critical Mass den Verkehr nicht lahmlegt. Falls dies nicht umgesetzt werden kann, darf Critical Mass keine Bewilligung mehr ausgesprochen werden.

Wir sind ein Rechtsstaat und der gilt für alle. Die SVP wird sich rechtliche Schritte offenhalten, um den Rechtsstaat auch durchzusetzen.

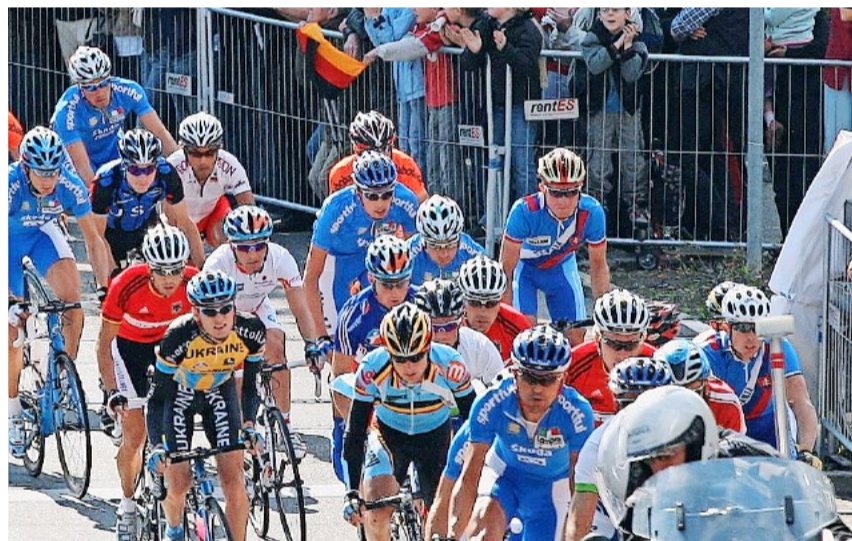


Critical Mass stammt ursprünglich aus den USA. In Zürich sorgt es vor allem für Ärger. Bild: Jeff Hitchcock (Flickr.com)

BLEIBEN BETROFFENE GEMEINDEN AUF DEN KOSTEN SITZEN?

Rad-WM: Wer soll das bezahlen?

Kantonsrätin Marion Matter (SVP/Meilen) hat als Erstunterzeichnerin eine Anfrage zur Rad-WM eingereicht. Sie fragt nach den Kosten für die betroffenen Gemeinden. Es ist nämlich zu befürchten, dass der Trägerverein nicht für diese Kosten aufkommen wird.



Wer bezahlt die Rechnung? Die Rad-WM 2024 erzeugt nicht nur Freude, sondern auch Kosten. Bild: mi cha.. (Flickr.com)

RW. Vom 21. bis zum 29. September 2024 findet die Rad- und Para-Cycling-WM 2024 in der Stadt und der Region Zürich statt. Mehrere Renn- und Trainingsstrecken führen auch durch den Bezirk Meilen. Nach diversen Medienberichten haben die direkt betroffenen Gemeinden Kosten, mit welchen sie nicht rechnet, jeweils selbst zu tragen.

Welche Rechtsgrundlage? Kantonsrätin Matter will vom Regierungsrat wissen, auf welcher Rechtsgrundlage es beruhe, dass die betroffenen Gemeinden – entgegen früheren Zusicherungen – Kosten von je mehreren zehntausend Franken im Zusammenhang mit dieser Sportveranstaltung übernehmen müssen. Ist der Kanton

Zürich bereit, die Kosten der baulichen Massnahmen wie etwa den Rückbau und die Wiederherstellung von Bodenwellen oder seitlichen Einengungen in 30er-Zonen zu übernehmen?

Den Gemeinden werden zusätzliche Aufwendungen z.B. für Gitterabspernungen, Umleitungen für Verkehr und Fussgänger, Informationsplakate und -flyer, Strom- und Wasser, Strassenreinigung, Entsorgung etc. entstehen. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass diese Kosten nicht von den Gemeinden übernommen werden müssen?

Mit ihren beiden Mitunterzeichnerinnen fragt sich Marion Matter, wie Arbeitnehmern und Schülern, die sich mit Schwierigkeiten konfrontiert sehen, an ihren Arbeitsplatz oder ihre Schule zu gelangen, geholfen werden kann.

Fehlende Informationen

Offensichtlich haben sich die Stadt Zürich und später der Regierungsrat etwas gar schnell hinter das grosse Sportereignis gestellt, ohne über die Folgekosten aufzuklären. Für die betroffenen Regionen ist die ausstehende Antwort des Regierungsrates deshalb von grossem Interesse und Wichtigkeit.

HAKENKREUZ WIRD VERBOTEN, HAMMER UND SICHEL BLEIBEN ERLAUBT

Fotografen auf der Lauer



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Das Parlament will Nazi-Symbole wie das Hakenkreuz künftig verbieten. Ebenso «Propagandamittel, Zeichen und Symbole wie Gesten, Parolen, Grussformen und Fahnen». Nicht verboten werden Hammer und Sichel, obwohl die kommunistischen Parteien – auch in der Schweiz – genau mit diesen Symbolen politisierten und obwohl die roten Horden mit hundert Millionen Opfern genau wie die braunen Horden gewütet hatten.

Aber wer zu den «Guten» gehören will, muss natürlich Nazi-Gesten unter Strafe stellen. Wer gegen dieses Verbot ist, wird sofort in die Nazi-Ecke gestellt. Bei diesem Verbot «extremistischer Grussformen» erinnere ich mich ans Jahr 1997:

Damals behaupteten Kreise der amerikanischen Westküste, die Schweizer Banken hätten sich in grossem Stil an nachrichtenlosen Vermögen bereichert.

Sie forderten Gold der schweizerischen Nationalbank als Wiedergutmachung. Dazu wehrte ich mich – wie später auch das Schweizer Volk – vor grossem Publikum zum Thema «Die Schweiz und der Zweite Weltkrieg – eine Klarstellung». Dabei fiel mir auf, dass mich mehrere Fotografen während meiner Rede stets nur von hinten und von der Seite fotografierten.

Am Ende der Rede fragte ich einen dieser Fotografen, die in meinem Rücken ständig stehend, sitzend, sogar liegend mit ihrer Kamera gelauert und fotografiert hatten, nach dem Grund.

Dieser Fotograf eines wohlbekannten Verlags sagte mir offen: «Herr Blocher, ich hatte den Auftrag, Sie – und vor allem Ihre Handbewegung – während der Rede zu fotografieren, in der Hoffnung, dass Sie den rechten Arm per Zufall gegen das Publikum strecken – um Ihnen damit einen Hitlergruss unterzuschieben.» Dies sei ihm aber nicht gelungen.

Weil ich meistens auch mit den Händen rede, hätte es ihm aber auch gelingen können. Vielleicht müsste ich deswegen künftig ins Gefängnis?

E gfreuti Wuche!



Inkonsequent: Nationalsozialistische Symbole werden verboten, kommunistische bleiben erlaubt. Bild: Wikipedia



SVP - Grill

Samstag 11. Mai 2024 10:00 – 14:00 Uhr

Sammelstelle Teggenberg Neftenbach

Unsere Gäste:

- NR Martin Hübscher, Bertschikon
- KR Tobias Weidmann, Hettlingen
- KR Urs Wegmann, Neftenbach

- Bratwürste und Cervelat vom Grill
- Verschiedene Getränke

Informieren Sie sich über die Abstimmungen vom 9. Juni.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

www.svp-neftenbach.ch



Die Partei des Mittelstandes

Politische Standortbestimmung im Frühjahr 2024

Welche Zukunft für die Schweiz?

Dieses Jahr stehen diverse Volksabstimmungen an. Im Bereich der Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik stellen sich wichtige Fragen. Mit dem EU-Rahmenabkommen und verschiedenen Vorlagen zur Asyl- und Migrationspolitik haben wir wegweisende Entscheide zu treffen.

Informieren Sie sich aus erster Hand und stellen Sie Ihre Fragen!



Martin Hübscher
Nationalrat / Kommission für
Wirtschaft und Abgaben



Gregor Rutz
Nationalrat /
Staatspolitische Kommission

Montag, 13. Mai 2024 – 20.15 Uhr
Restaurant Sagi, Wiesendangerstr. 15, 8543 Bertschikon

Alle sind herzlich willkommen – auch Nichtmitglieder!
Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme.



svp-wiesendangen.ch

Fadegrad



von
Ueli Bamert

Schäbiger Angriff auf die Bundeskasse

Eine der wichtigsten Grundsätze für erfolgreiches Wirtschaften ist, nicht über die eigenen Verhältnisse zu leben. Dies gilt nicht nur für Unternehmen und Privatpersonen, sondern selbstverständlich auch für die öffentliche Hand: Der Staat muss stets darum bemüht sein, seine Finanzen im Lot zu halten. Für die Einhaltung dieses staatspolitischen Grundsatzes sorgt in der Schweiz die Schuldenbremse: Sie verpflichtet den Bund, Einnahmen und Ausgaben über einen Konjunkturzyklus hinweg ausgeglichen zu halten. Ein Erfolgsmodell: Die Schuldenbremse stellt seit ihrer Einführung vor über 20 Jahren sicher, dass die Schweiz finanziell stabil bleibt und nicht wie ihre europäischen Nachbarn im Schuldensumpf versinkt. Doch nun gerät dieses Paradebeispiel helvetischer Polit-Handwerkskunst unter Druck: In einem vor machiavellistischen Kaltschnäuzigkeit nur so tiefenden Manöver – man könnte es auch «verlogen» nennen – versuchen SP, Grüne und die Mitte im Nationalrat 15 Milliarden Franken an der Schuldenbremse vorbeizuschmuggeln: 10 Milliarden für die Aufrüstung der Armee und 5 Milliarden für den Wiederaufbau der Ukraine – notabene ohne dieses Geld irgendwo an anderer Stelle einzusparen. Die Initianten berufen sich bei ihrem Hinterzimmerdeal auf einen Ausnahmeartikel: Die Schuldenbremse kann «im Falle von aussergewöhnlichen und vom Bund nicht steuerbaren Entwicklungen» umgangen werden. Eine reichlich absurde Vorstellung, dass ausgerechnet ein regionaler Krieg am östlichen Rand von Europa eine solche Ausnahme rechtfertigen soll. Nun mag es niemanden überraschen, dass SP und Grüne die Schuldenbremse aushebeln und die Schweiz auf den Weg in die Schuldenfalle schicken wollen: Die Aufblähung des Staatshaushalts und die Erhöhung der Steuern, insbesondere für Besserverdiener, waren schon immer das erklärte Ziel der Linken. Wirklich schockierend ist, dass die in ihrem Selbstverständnis immer noch staatstragende ehemalige CVP bei diesem unseriösen Manöver mitmacht. Die Schweizer Staatsfinanzen stehen nach dem Ja zur 13. AHV-Rente stärker unter Druck, denn je und am Horizont schwebt bereits das Damoklesschwert der linken Prämienerlastungsinitiative über der Bundeskasse. Der Auftrag ist klar: Der Bund soll aufhören, unser Steuergeld ins Ausland zu verschleudern und sich stattdessen wieder vermehrt um die eigene Bevölkerung kümmern. Mit ihrem finanzpolitischen Buebetrickli stellt sich die unselige Mitte-Links-Allianz nun aber gleich doppelt gegen die Interessen der Bevölkerung: nicht nur sollen erneut Milliarden ins Ausland fließen, es soll dafür auch die bewährte Schuldenbremse geopfert und damit einer unserer grössten Trümpfe aus der Hand gegeben werden. Dieser schäbige Angriff auf die Bundeskasse muss mit allen Mitteln abgewehrt werden – notfalls per Referendum.

NEUE VORSCHRIFTEN ZUM SCHUTZ VON BÄUMEN...

Bäume schützen und verbrennen. Gleichzeitig.

Der Kanton Zürich wird Bäume strenger schützen. Aus Klimaschutzgründen. Gleichzeitig ruft er zum Verbrennen von Bäumen zu Heizzwecken auf. Ebenfalls aus Klimaschutzgründen.



York-Peter Meyer
Finanzexperte
SVP Küssnacht

Regierungs- und Kantonsrat haben Anfang April gegen die Stimmen der SVP neue Vorschriften zur «klimaangepassten Siedlungsentwicklung» beschlossen. Dazu wurde das Planungs- und Baugesetz (PBG) angepasst. Kern des Massnahmenpakets ist der strengere Schutz von Bäumen.

... aus Klimaschutzgründen

Es sieht vor, dass Gemeinden Bäume ab 100 cm Umfang einzeln oder gebietsweise unter Schutz stellen können. Zum Fällen muss man dann eine Baubewilligung einholen. Und übrigens auch für «wesentliche Veränderungen der Umgebungsgestaltung, sofern sie die Begrünung beeinträchtigen». Also für jede grössere Veränderung im Garten.

Bäume dürfen in Zukunft auch näher an die Grundstücksgrenze gebaut werden, sogar wenn der Nachbar nicht einverstanden ist. Der neue Mindestabstand beträgt je nach Grösse des Baumes höchstens zwei Meter.

Ziel dieser Massnahmen ist v.a. die Reduktion von Treibhausgasen. Dafür werden einige Nachteile in Kauf genommen: Bauen wird regulatorisch noch komplizierter und noch teurer. Auch ist abzusehen, dass manche Bauprojekte nicht mehr durchführbar sind, wenn der Pflanzenschutz Vorrang hat.

Gleichzeitig Empfehlung zum Verbrennen von Bäumen

Gleichzeitig befrworten die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich das Verbrennen von Bäumen. Eine mit Holz betriebene Pellet-Heizung sei «kein ökologischer Ersatz zu (sic!) einer Holzhei-

zung» und CO₂-neutral. Das Holz sei «erneuerbar und stammt aus einheimischer Produktion». So die EKZ auf ihrer Website. Und das ist kein Einzelfall, Pellet-Heizungen stehen bei Umweltschützern hoch im Kurs. Das wirkt natürlich die Frage auf, warum der Kanton gleichzeitig die Bäume schützt und auch ihre Verbrennung fordert. Sind Bäume in unserem Wald ökologisch weniger wert als die Bäume in unseren Gärten?

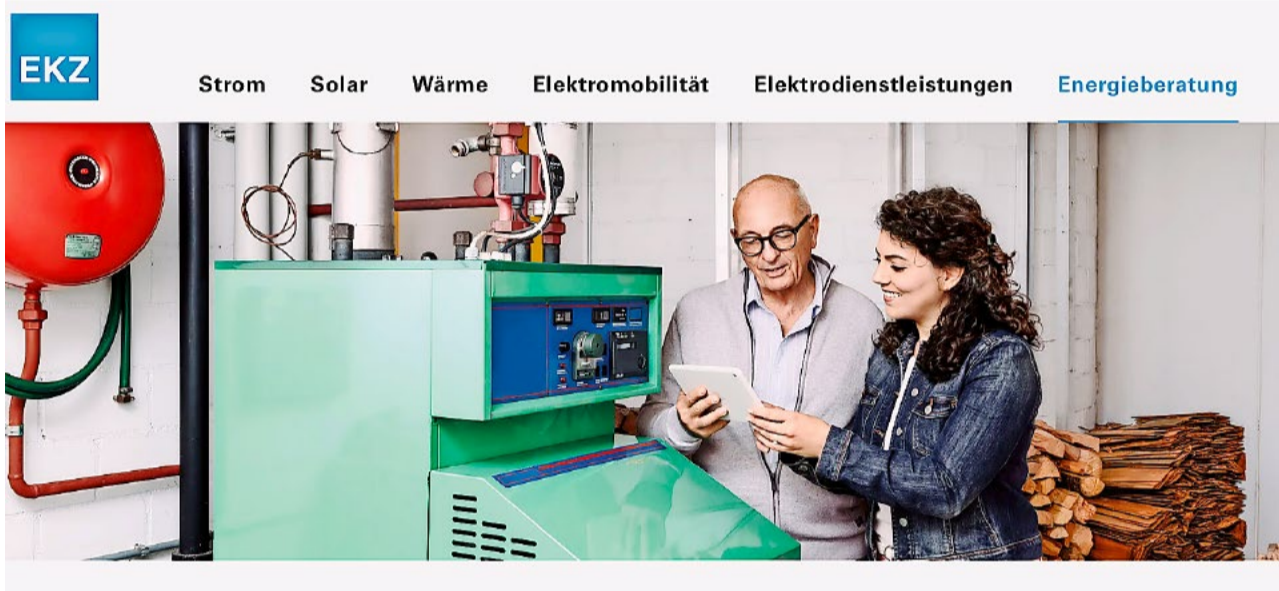
Wohl kaum, ist ein Wald als Biotop einem Flickenteppich von Gärten in besiedeltem Gebiet doch mindestens gleichwertig.

Konsequenzen für die Gemeinden

Jede Gemeinde im Kanton kann ihre Bau- und Zonenordnungen entsprechend anpassen und den Schutz von Bäumen intensivieren. In den nächsten Jahren wird es wohl viele Gemeindeversammlungen dazu geben. Ironisch wird es, wenn genau diese Gemeinden Holzheizungen begrüssen oder sogar subventionieren.

Fazit

Im Umweltschutz ist kein Ende der Flut an Vorschriften absehbar. Man sucht ja keine einigermassen marktwirtschaftliche Lösung wie z.B. einen einheitlichen Preis für alle CO₂-Emissionen, sondern bevorzugt einen Flickenteppich von Anordnungen. Wenn der Staat also immer mehr Vorschriften erlässt, wird er sich auch immer mehr in Widersprüche verwickeln. Und der Bürger wird dann leider jedes Mal ein wenig Respekt vor Gesetzen und Vorschriften verlieren.



Mit diesem Bild werben die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) auf ihrer Webseite für Heizungen, die Holz verbrennen.

Bild: EKZ

AUS DEM BÜLACHER GEMEINDERAT

Vertrauen auf der Probe

Vor Kurzem veröffentlichte die Geschäftsprüfungskommission (GPK) der Stadt Bülach den mit Spannung erwarteten Bericht zu den angeblichen Unregelmässigkeiten innerhalb der Stadtpolizei. Mehr als ein Jahr zuvor hatte der Sonntagsblick, gestützt auf Aussagen von Insidern, erste Hinweise auf potenzielle Missstände in der Führungsebene der Polizei publiziert.



Thomas Obermayer
Präsident Stadtparlament
SVP
Bülach

Der Artikel im Sonntagsblick trug die provokante Überschrift: «Missstände in der Stadtpolizei Bülach – Anschreien, Einschüchtern und Herabwürdigen.» Die Stadtverwaltung reagierte umgehend auf diese Anschuldigungen. Bereits einen Tag nach der Veröffentlichung dieser Vorwürfe gab die Stadt eine Pressemitteilung heraus, in der sie die Vorwürfe als grundlos und haltlos zurückwies. Diese schnelle Dementierung vonseiten der Stadtverwaltung liess jedoch bei vielen Zweifel aufkommen. Die schweren Anschuldigungen von drei ehemaligen Mitarbeitern schienen ernst, und das hastige Dementi der Stadt erschien vielen als unangemessen.

Überhastetes Dementi

Die eigentliche Kontroverse entstand jedoch rund um die Kommunikationsstrategie des Stadtrates. Diverse politische Akteure äusserten Kritik an der Art und Weise, wie der Stadtrat auf die Vorwürfe reagierte. Niemand schien wirklich zu verstehen, wie die Anschuldigungen derart schnell als unbegründet abgetan werden konnten. Auch wenn man den publizierten Vorwürfen nicht vorbehaltlos Glauben schenkte, passten sie doch überhaupt nicht zum Bild des amtierenden Polizeichefs von Bülach.

Bericht: Stadtrat handelte unbesonnen

Schliesslich übernahm die Geschäftsprüfungskommission des Parlaments die Untersuchung dieser Angelegenheit. Es

ist ihre Aufgabe, mögliche Missstände zu prüfen und, falls nötig und möglich, Licht ins Dunkel zu bringen. Ein Jahr nach Beginn der Untersuchungen wurde nun der besagte Bericht veröffentlicht. Diejenigen, die eine eindeutige Entlastung oder Belastung der betroffenen Abteilung und deren Führungskräften erwarteten, wurden jedoch enttäuscht. Der Bericht zeichnet jedoch ein kritisches Bild der Exekutive und offenbart bedeutende Mängel.

Es wurde deutlich, dass der Stadtrat nicht angemessen auf die gravierenden Vorwürfe gegen die Polizeiführung reagierte. Anstatt eine offene und transparente Aufklärung zu fördern, wurden die Vorwürfe übereilt und ohne tiefgehende Untersuchung als unbegründet verworfen. Diese Art der Krisenbewältigung ist nicht nur unzureichend, sondern auch gefährlich, da sie fundamentale Prinzipien der Verant-

wortlichkeit und Transparenz in einer demokratischen Gesellschaft untergräbt.

Mangelnde Zusammenarbeit

Die Haltung des Stadtrates gegenüber der Geschäftsprüfungskommission während der Untersuchungen offenbarte zudem ein klares Defizit an Kooperationsbereitschaft und Transparenz. Der Stadtrat zeigte sich zögerlich und oft unkooperativ, verzögerte Informationen und ignorierte Fristen, was den Untersuchungsprozess erheblich verlangsamte. Diese mangelnde Unterstützung erschwerte es der GPK, ihre Funktion effektiv auszuüben, und wirft ernsthafte Fragen bezüglich der Führungskompetenz und Verantwortlichkeit der städtischen Verwaltung auf. Ein solches Verhalten schadet dem Vertrauensverhältnis zwischen den städtischen Behörden und untergräbt auch das Vertrauen der Öffentlichkeit in ihre ge-

wählten Vertreter. Auf die Vorwürfe der GPK reagierte der Stadtrat wie auch schon auf die Berichterstattung des Blicks: Er dementierte die Anschuldigungen. Das ist beeindruckend ignorant. Man hat das Gefühl, dass sich die Exekutive mit Gewalt schützen möchte.

PUK wird nötig

Angesichts dieser festgefahrenen Situation und der offensichtlichen Kommunikationsprobleme, die mittlerweile zu verhärteten Fronten geführt haben, steht fest, dass sowohl für den Stadtpräsidenten als auch für den betroffenen Stadtrat sowie für das Ansehen unserer Stadt und die sonst so offene und konstruktive parlamentarische Zusammenarbeit erhebliche Schäden entstanden sind.

Ich muss daher zu dem Schluss kommen, dass sich die komplexen Fragen, die den gesamten Untersuchungsprozess umgeben, nur durch eine neue Untersuchung, diesmal in Form einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK), klären lassen.



Der Stadtrat hat mit seinem Vorgehen gegenüber den Vorwürfen an die Polizei viel Vertrauen verspielt.

Bild: Adobe Stock

PARAGRAFENDSCHUNDEL

Wer gewinnt den «Rostigen Paragraphen 2024»?

Die IG Freiheit unter Vorsitz von SVP-Nationalrat Gregor Rutz hat die Nominierungen für den diesjährigen «Rostigen Paragraphen» bekannt gegeben, der jährlich für das dümmste Gesetz, den unnötigsten Vorstoss oder den bürokratischsten Entscheid verliehen wird.



Auch dieses Jahr wohl verdient, aber nicht unbedingt heiss begehrt: der «Rostige Paragraph». Bild: ZVG

DR. Zum 18. Mal in Folge richtet sich beim «Rostigen Paragraphen» das Augenmerk auf absurde, hinderliche und amüsante Regelungen, die von Politikern und Bürokraten neu erlassen wurden. Dabei geht es durchaus um ein ernstes Anliegen, wie die Preisverleiher schreiben:

«Die Gesetzesmaschinerie in Bundesbern läuft auf Hochtouren – die Paragraphenflut wird immer grösser. Die IG Freiheit will etwas gegen die Regulierungswut unternehmen und die Öffentlichkeit, insbesondere aber Politiker und Verwaltungen, sensibilisieren und zur Zurückhaltung beim Erlass von Gesetzen und Verordnungen ermahnen.»

Die Preisträger werden durch ein öffentliches Online-Voting ermittelt, das bis zum 14. Mai auf der Webseite der IG Freiheit läuft. Auch in diesem Jahr war die Auswahl schwer. Es konkurrieren fünf Kandidaten um die zweifelhafte Ehre, den Preis entgegenzunehmen:

- Michael Töngi, GP-Nationalrat, möchte Verkehrsmeldungen im Radio verbieten, da er diese nicht als öffentlichen Dienst ansieht.
- Catherine Chammartin, Direktorin des Instituts für Geistiges Eigentum, lehnt den Markenschutz für «Bimbo QSR» ab, da der Begriff als beleidigend angesehen wird, obwohl ähnli-

che Namen in der Schweiz geschützt sind.

- Karin Rykart, GP-Stadträtin in Zürich, hat für das Projekt «Autoarme Langstrasse» einen Abschnitt der Strasse sperren lassen und verursacht damit 17000 Bussen – im ersten Monat!
- Florence Burdet Kamerzin, Präsidentin der sogenannten «Konsultativkommission für sexistische Werbekampagnen» im Kanton Waadt und selbst ernannte Moralpolitistin, lancierte das Verbot einer Toyota-Werbung, weil das Modell als «zu anzüglich» bewertet wurde.
- Simone Brander, SP-Stadträtin in Zürich, führte die amtliche Kompostkontrolle ein. Wer seine Salatblätter nicht im Kehricht entsorgen möchte, braucht neu eine amtliche Geneh-

migung für Gartenkompost, inklusive einer vorgängigen Inspektion durch städtische Beamte.

Die Preisverleihung findet am 21. Mai im «Aura» statt und wird voraussichtlich zahlreiche Gäste aus Politik, Wirtschaft, Sport und Showbusiness anziehen. Man kann nur hoffen, dass auch die Nominierten ihren Weg dorthin finden und den Preis persönlich in Empfang nehmen werden.

Weitere Informationen zu den Nominierten und zum Voting-Prozess sind auf der Webseite freiheit-liberte.ch zu finden:



MEDIENMITTEILUNG DER SVP KANTON ZÜRICH VOM 1. MAI 2024

Unhaltbare Zustände – SVP Kanton Zürich fordert Abschaffung des 1. Mai als kantonalen Feiertag!

Erneute Ausschreitungen durch vermummte Chaoten am 1. Mai verursachen Sachbeschädigungen, Hausfriedensbrüche und unnötige Angst in der Zürcher Bevölkerung. Die Politik schaut schon zu lange nur zu. Die SVP Kanton Zürich fordert darum die Abschaffung des 1. Mai als kantonalen Feiertag.

Die SVP Kanton Zürich ist mehr als besorgt über die erneuten Ausschreitungen am 1. Mai in der Stadt Zürich. Nur dank dem beherzten Einsatz von Polizistinnen und Polizisten kehrte schlussendlich in der Stadt wieder Ordnung ein. Den Einsatzkräften gebührt ein grosses Dankeschön!

Auch dieses Jahr kam es zu zahlreichen Vandalenakten der linksextremen

Chaoten, die die Städte Zürich und Winterthur erneut in Angst erzittern lassen. Die Leidtragenden sind vor allem die städtischen Gewerbetreibenden, die aus eigenen Kräften den entstandenen Schaden berappen müssen. Domenik Ledergerber, Präsident der SVP Kanton Zürich, hat dafür gar kein Verständnis: «Die SVP verurteilt diese Handlungen aufs Schärfste! Wir hoffen, dass der Gegenvorschlag zur Anti-Chaoten-Initiative der Jungen SVP buchstabengetreu umgesetzt wird und damit das unhaltbare Problem Linksextremismus in der Stadt Zürich eingedämmt werden kann.» Vorstösse der SVP wurden bislang von den linksgrünen Parteien abgelehnt. Hier braucht es endlich ein Einlenken dieser Parteien: Linksextremismus gehört endlich politisch angegangen!

SVP fordert Abschaffung des 1. Mai als kantonalen Feiertag

Faktisch wird der 1.-Mai-Feiertag im Kanton Zürich nur in den Städten Zürich und Winterthur begangen. Von einem Feiertag, welcher den ganzen Kanton bewegen würde, kann definitiv nicht gesprochen werden. Tobias Weidmann, SVP-Fraktionspräsident, erklärt, wie die SVP der nicht tolerierbaren, linksextremen Gewalt am 1. Mai begegnen will: «In Anbetracht der sich wiederholenden Personen- und Sachschäden wird die

SVP im Kantonsrat Zürich prüfen, den 1. Mai als kantonalen Feiertag abzuschaffen und durch einen friedlichen Feiertag zu ersetzen. Damit sollen linksautonome Ausschreitungen und der Krawalltourismus in den Städten Zürich und Winterthur endgültig verhindert werden.»

Sächsilüüten-Montag soll neu als kantonaler Feiertag definiert werden

Gleichzeitig schlägt die SVP Kanton Zürich vor, den allseits beliebten «Sächsilüüten-Montag» als kantonalen Feiertag zu definieren. Das «Sächsilüüte» erfreut mit seiner Tradition jährlich Tausende von Menschen, von jung bis alt, die dem Umzug und dem «Böögg-Verbrennen» beiwohnen und ausgelassen, aber friedlich auf den kommenden Frühling anstossen. Diese schweizweit bekannte Zürcher Tradition ist eines kantonalen Feiertages würdig.

Das Sächsilüüten ist ein klarer Kontrast zum aggressiven und zerstörerischen 1. Mai. Es wird Zeit, hier ein Zeichen der Vernunft und auch Wertschätzung zu setzen: Das «Sächsilüüte» als friedlicher, zürcherischer und vor allem verbindender Anlass als kantonalen Feiertag belohnen, den 1. Mai als gewalttätigen, kriminellen und auch zerstörerischen Anlass abschaffen.



Das Sechseläuten ist im Gegensatz zum 1. Mai ein würdiger Feiertag für den Kanton Zürich. Bild: Wikipedia

MEDIENMITTEILUNG DER SVP SCHWEIZ VOM 1. MAI 2024

Lockerungen statt Verschärfungen: SP-Asylminister Jans zeigt sein wahres Gesicht

Statt wie angekündigt die Schrauben im Asylwesen anzuziehen, knickt der Bundesrat unter Federführung von SP-Asylminister Beat Jans vor den Strassburger Richtern ein: Neu sollen vorläufig Aufgenommene – also abgelehnte Asylbewerber – ihre Familie noch schneller in die Schweiz nachziehen können.

SP-Bundesrat Beat Jans zeigt einmal mehr sein wahres Gesicht: Statt wie vollmundig angekündigt die Asylregeln zu verschärfen, strebt der Asylminister Lockerungen an.

Neu soll für vorläufig Aufgenommene die Wartezeit beim Familiennachzug von drei auf zwei Jahre verkürzt werden. Im Klartext: Abgelehnte Asylmigranten, die die Schweiz möglichst bald verlassen sollten, dürfen ihre Familie noch schneller in die Schweiz nachziehen.

Damit vollzieht die Mittelinks-Mehrheit des Bundesrates ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR). Mit massiven Kostenfolgen für die Schweizer Bevölkerung: Allein der Bund hat 2023 für den Asyl-

bereich 4 Milliarden Franken budgetiert. Für eine vierköpfige Familie sind das 1800 Steuerfranken. Weitere Milliarden fallen in den Kantonen und Gemeinden an. Die Schweizer Bevölkerung, die diesen Asylsinn mit ihren hart erarbeiteten Steuergeldern bezahlen muss, hat nichts mehr zu sagen.

Hinzu kommt: Das von Mittelinks verantwortete Asylchaos sorgt auch für einen massiven Anstieg der Kriminalität. Diebstähle, Einbrüche, schwere Körperverletzungen – die Straftaten nahmen 2023 um 14% auf 522'558 Fälle zu.

Das sind 1431 Straftaten pro Tag! Gemäss der Kriminalstatistik ist der Anteil krimineller Ausländer und Asylanten stark angestiegen. Und zwar in ab-

soluten Zahlen wie auch im Verhältnis zur Bevölkerung. 56% der beschuldigten Personen sind Ausländer, besonders hoch ist der Anteil von Asylmigranten. Die Schweizer Bevölkerung kann sich nicht mehr sicher fühlen in eigenem Land.

Ganz offensichtlich ist SP-Asylminister Jans nicht bereit, das Asylchaos zu stoppen. Umso mehr braucht es die Grenzschutz-Initiative der SVP. Diese fordert systematische Grenzkontrollen und keine Asylverfahren mehr für Asylmigranten, die mithilfe von kriminellen Schlepperbanden über sichere Drittstaaten in die Schweiz kommen. Zudem ist der Verfassungsauftrag umzusetzen und kriminelle Ausländer sind ausnahmslos auszuschaffen.

Gesucht: ZKB-Bankrat



Die SVP-Fraktion des Kantonsrats Zürich sucht auf den 1. Januar 2025 einen ZKB-Bankrat. Eine Findungskommission der SVP prüft und beurteilt die Bewerbungen, um der Kantonsratsfraktion einen Nominationsvorschlag zu unterbreiten. Die Erneuerungswahl findet durch den Zürcher Kantonsrat statt.

Wir suchen eine geeignete Persönlichkeit als

Mitglied des Bankrats der Zürcher Kantonalbank

In dieser anspruchsvollen strategischen Führungsfunktion bilden Sie zusammen mit drei Mitgliedern des Bankpräsidiums und neun weiteren Bankräten das oberste Organ der Zürcher Kantonalbank.

Der Bankrat in Kürze

Der Bankrat wird vom Kantonsrat für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt. Die Amtszeit der Bankräte ist auf zwölf Jahre beschränkt und endet in jedem Fall mit der Vollendung des 70. Lebensjahrs. Die wichtigsten Kompetenzen umfassen die Festlegung der Grundsätze von Unternehmenspolitik, Leitbild, Strategie und Organisation, die Genehmigung von Jahresbericht und Jahresrechnung, die Festlegung der Höhe der Gewinnausschüttung an Kanton und Gemeinden, die Kenntnisnahme von grossen Risikopositionen und die Anstellung und Entlassung von Mitgliedern der Generaldirektion. Der Bankrat bildet zur Vorbereitung und Ausführung seiner Beschlussfassung verschiedene Ausschüsse. Es sind dies der Prüf-, der Risiko-, der Entschädigungs- und Personalausschuss sowie der IT-Ausschuss.

Anforderungsprofil

Je nach Ausschuss müssen folgende fachlichen Kriterien erfüllt werden:

- Erfahrungen im Bankenumfeld, idealerweise bei Universalbanken wie ZKB, aber auch breiteres Bankwesen wie Privatbanken, Investmentbanken, Asset Management, Regulatoren/Zentralbanken
- Verständnis einer Bankbilanz, von Asset Liability Management und Finanzfragestellungen insgesamt
- Erfahrungen mit Risiken, wie sie vor allem in Banken auftreten (Kredit-, Markt-, Zins-, Operationelle (inkl. Reputations-), Business Continuity-Risiken)
- Erfahrung mit Verantwortung für Verkaufs-, Vertriebs- und sonstigen Kunden-Organisationen (innerhalb und ausserhalb des Bankgeschäftes)
- Erfahrung mit Rechtssystemen/Normen und Compliance Fragestellungen
- Erfahrungen in den Bereichen IT/Digital (Digital z.B. nicht nur auf der Verkaufseite, sondern über die gesamte Prozesskette)
- Beurteilungsfähigkeit Leistungsauftrag (Versorgungs-, Unterstützungs-, Nachhaltigkeitsauftrag)

Allgemeine Kriterien:

- Fähigkeit, relevante Beiträge für bereichsübergreifende Strategien oder zumindest für Bereichsstrategien zu leisten
- Fähigkeit, Zusammenarbeit über Departementsgrenzen und Hierarchiestufen hinweg zu initiieren und zu verbessern
- Erfahrung in Führungsverantwortung
- Fähigkeit, Veränderungen zu initiieren, voranzutreiben und zum Durchbruch zu verhelfen
- Ein Mitglied des Bankrats muss der Generaldirektion fachlich und persönlich auf Augenhöhe begegnen können, weshalb Erfahrungen auf Stufe Verwaltungsrat oder Geschäftsleitung zweckmässig sind.

Persönlichkeitsbezogene Anforderungen:

- Integrität, Unabhängigkeit und Eigenständigkeit, Professionelle Identifikation, Belastbarkeit, Leistungs- und Verantwortungskultur, zeitliche Verfügbarkeit
- Sie sind Mitglied der SVP.

Dem Bankrat nicht angehören dürfen: Mitglieder des Kantonsrates, des Regierungsrates, der Gerichtsbarkeit des Kantons Zürich, Mitglieder von Steuerbehörden und Steuerbeamte und für andere Banken tätige Personen.

Das Arbeitspensum eines Bankrates beträgt ca. 30%.

Wir freuen uns auf Ihre persönlichen Unterlagen und Ihr Bewerbungsschreiben.

Einsendeschluss ist der 13. Mai 2024. Ihre Bewerbung senden Sie bitte an die Fraktionssekretärin, Marlies Pfister, Sekretariat SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, marlies.pfister@svp-zuerich.ch. Bei Fragen wenden Sie sich an den Präsidenten der Findungskommission, Kantonsrat André Bender, Tel. 079 403 68 49 oder gp.oberengstringen@bluewin.ch.



Als aufgestelltes und dynamisches Team sind wir als Sekretariat der SVP des Kantons Zürich Dreh- und Angelpunkt der wählerstärksten Partei in unserem schönen Kanton. Für die alltägliche Parteiarbeit, Mitarbeit bei unserer Wochenzeitung und kleinere Projekte suchen wir Deine Unterstützung als

Praktikantin oder Praktikant 50-100%

- Mithilfe bei Abstimmungskampagnen, Initiativen und Veranstaltungen
- Redaktionelle Mitarbeit bei unserer Wochenzeitung «Der Zürcher Bote»
- Mitwirkung bei der Erstellung von Inhalten im Social-Media-Bereich
- Ergänzendes Anpacken bei vielfältigen administrativen Aufgaben

Als Studentin oder Student möchtest Du Deine politische Erfahrung im Berufsalltag ausweiten.

Das zeichnet Dich aus:

- Du bist eine aufgestellte, motivierte und pflichtbewusste Persönlichkeit.
- Du hast bereits Erfahrung im Digital Marketing, Content Management und im Social-Media-Umfeld.
- Du packst an und bist eine initiative Persönlichkeit, die vernetzt denken kann.
- Du hast sehr gute Kenntnisse in den MS-Office-Anwendungen. Kenntnisse in Webdesign- und Grafikprogrammen wie z.B. InDesign, Photoshop und Illustrator sind vorteilhaft.
- Deine Deutschkenntnisse in Wort und Schrift sind einwandfrei.

Sende Deine Bewerbung an: marco.calzimiglia@svp-zuerich.ch

Für Auskünfte steht Dir der Parteisekretär Marco Calzimiglia (044 217 77 60) zur Verfügung.

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Bülach
Dienstag, 14. Mai 2024, 19.00 Uhr, Referat zu den Abstimmungen, Gasthof zum Bären, Alte Winterthurerstrasse 45, Nürensdorf, mit Nationalrat Gregor Rutz.

Bezirk Bülach/Wil
Sonntag, 19. Mai 2024, 09.30 – 11.30 Uhr, Fröhschoppen, Feuerwehrlokal, Dorfstrasse 35, Wil, mit Nationalrätin Barbara Steinemann.

Bezirk Dielsdorf/Neerach
Freitag, 5. Juli 2024, bis Sonntag, 07. Juli 2024, SVP-Stand am Neeri-Fäscht, Dorfkern, Neerach.

Bezirk Meilen/Küsnacht
Dienstag, 14. Mai 2024, 20.00 Uhr, Anlass «Wo drückt der Schuh?», Hesi-halle, Untere Hesi-bachstrasse 33, Küsnacht, u.a. mit Nationalrätin Nina Fehr Düsel und Kantonsrat Tumasch Mischol. Anschliessend Apéro.

Bezirk Meilen/Oetwil am See
Samstag, 18. Mai 2024, 20.30 Uhr, Referat zum Thema «Die Schweiz und die SVP», Landgasthof Sternen, Esslingerstrasse 1, Oetwil am See, mit Nationalrat Marcel Dettling, Präsident SVP Schweiz.

Bezirk Pfäffikon/Russikon
Donnerstag, 16. Mai 2024, 19.30 Uhr, Parteiversammlung, Landgasthof zur Krone, Russikon. Weitere Informationen unter www.svp-russikon.ch.

Freitag, 30. August 2024, 19.30 Uhr, SVP-Herbst-Party, Schützenhaus, Russikon, mit Kantonsrat Domenik Ledergerber, Präsident SVP des Kantons Zürich. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-russikon.ch.

Bezirk Winterthur/Hettlingen
Donnerstag, 16. Mai 2024, 20.00 Uhr, Vortrag zum Thema «Stromversorgung und Kernenergie», Gemeindegasthaus, Stationsstrasse 2, Hettlingen, mit Gemeinderat Thomas Obermayer.

Bezirk Winterthur/Wiesendangen
Montag, 13. Mai 2024, 20.15 Uhr, Politische Standortbestimmung, Restaurant Sagi, Wiesendangen.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701
Der Zürcher Bote ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,6% MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/insertate. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch. **Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Dr. Daniel Rickenbacher, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Interne Autoren: DR – Daniel Rickenbacher; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Insertatenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, insertate@svp-zuerich.ch. **Insertatenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant La Torre, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 – 22.00 Uhr, Gasthof zur Sonne, See-strasse 37, Stäfa.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Zürich.

SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14
8600 Dübendorf
Tel. 044 217 77 66
Fax 044 217 77 65
sekretariat@svp-zuerich.ch
www.svp-zuerich.ch

SCHWEIZER QUALITÄT SVP
Die Partei des Mittelstandes

Volksabstimmung vom 9. Juni 2024

Eidgenössische Vorlagen

1. Volksinitiative vom 23. Januar 2020 «Maximal 10 % des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative)»	NEIN
2. Volksinitiative vom 10. März 2020 «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)»	NEIN
3. Volksinitiative vom 16. Dezember 2021 «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit»	JA
4. Bundesgesetz vom 29. September 2023 über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien (Änderung des Energiegesetzes und des Stromversorgungsgesetzes)	NEIN

sendangerstrasse 15, Bertschikon, mit den Nationalräten Martin Hübscher und Gregor Rutz.

Stadt Zürich/Kreis 11
Freitag, 24. Mai 2024, 19.00 Uhr, Generalversammlung, Restaurant Vesuvio, Glattalstrasse 40, Zürich-Seebach.

Freitag, 31. Mai 2024, 18.00 Uhr, Polit-Apéro, Wirtschaft Unterdorf, Katzensseestrasse 15, Zürich-Affoltern, mit Nationalrat Thomas Aeschi.

Stadt Zürich/Kreis 12
Samstag, 11. Mai 2024, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

Samstag, 18. Mai 2024, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

Samstag, 1. Juni 2024, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 3. Mai 2024, 20.00 Uhr, Churfir-entagung, Thurpark, Volkshausstrasse 23, Wattwil SG, mit Nationalrat Marcel Dettling, Präsident SVP Schweiz.

Mittwoch, 22. Mai 2024, 11.45 – 14.00 Uhr, Polit-Lunch, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich, mit Nationalrat Martin Hübscher. Kosten: 45 Franken, zahlbar vor Ort. Anmeldung (mit Wahl Fleisch oder Vegi) an liebi@schweizerzeit.ch.

Samstag, 28. September 2024, bis Sonntag, 29. September 2024, SVP-Schiessen 2024, Vorschiesen am Freitag, 20. September 2024, Schiessanlage Wissenbach, Mettmens-tetten. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.schuetzenverein-mettmenstetten.ch.

Einladung zum **Polit-Dinner**

SVP
Die Partei des Mittelstandes

SVP des Bezirks Andelfingen - Wir machen Politik fürs Weinland.

Mit Paul von Euw

Kantonsrat SVP des Kantons Zürich
Mitglied der Energiekommission
im Kantonsrat, Präsident der
SVP Bezirk Pfäffikon

Für eine sichere Stromversorgung
Abstimmung zum «Mantelerlass» vom 6. Juni 2024

WANN: **Mittwoch 8. Mai 2024 19.00 - 21.30 Uhr**

PROGRAMM:
19.00 Uhr 19.30 Uhr Apéro
Abendessen
auf Kosten der Teilnehmer
20.30 Uhr Referat
21.00 Uhr Diskussion
21.30 Uhr Ausklang

WO:
Restaurant Bahnhof
Alte Andelfingerstrasse 2
8444 Henggart

Alle sind herzlich willkommen!

Die Redaktion des Zürcher Boten wünscht allen Leserinnen und Lesern eine erholsame Auffahrt!

